

Stadt Bergisch Gladbach

Der Bürgermeister

Datum

15.07.2011

Ausschussbetreuender Fachbereich

Angelegenheiten der Gemeindeverfassung /

Ratsbüro

Schriftführung

Christian Ruhe

Telefon-Nr.

02202-142237

Niederschrift

Haupt- und Finanzausschuss

Sitzung am Donnerstag, 19.05.2011

Sitzungsort

Rathaus Gladbach, Großer Sitzungssaal, Konrad-Adenauer-Platz 1, 51465 Bergisch Gladbach

Sitzungsdauer (Uhrzeit von / bis)

17:04 Uhr - 18:44 Uhr

Unterbrechungen (Uhrzeit von / bis)

Keine

Sitzungsteilnehmer

Siehe beigegefügtes Teilnehmerverzeichnis

Tagesordnung

A Öffentlicher Teil

- 1. Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ratsmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit**
- 2. Genehmigung der Niederschrift aus der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil**
- 3. Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 24.03.2011 - öffentlicher Teil**
0206/2011
- 4. Mitteilungen des Bürgermeisters**
 - 4.1 Mitteilungen des Bürgermeisters; hier: Informationen zur Haushaltssituation 2011**
0231/2011
 - 4.2 Mündliche Mitteilungen**

5. **Verlängerung der Amtszeit des Beirates für die Belange von Menschen mit Behinderungen und Erstellung eines Aktionsplans Inklusion**
0153/2011
6. **Satzung der Stadt Bergisch Gladbach über die Erhebung von Standgebühren für Kirmesveranstaltungen (Kirmesstandgebührensatzung)**
0228/2011
7. **Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung; hier: Dienstreise des stellvertretenden Bürgermeisters Josef Willnecker und des Ratsmitgliedes Thomas Galley nach Marijampole**
0236/2011
8. **Anträge der Fraktionen**
- 8.1 **Antrag der Fraktion DIE LINKE./BfBB vom 14.03.2011 zur Erstattung des Landes für von den Kommunen zuviel gezahltes Wohngeld**
0233/2011
- 8.2 **Antrag der SPD-Fraktion vom 14.03.2011 zur Prüfung eines Glasverbots in den innerstädtischen Bereichen der Stadt Bergisch Gladbach zu Karneval**
0225/2011
- 8.3 **Antrag der FDP-Fraktion vom 04.04.2011 zur Darstellung der finanziellen Auswirkungen von Beschlüssen in Beschlussvorlagen**
0203/2011
9. **Anfragen der Ausschussmitglieder**

Protokollierung

A Öffentlicher Teil

1. Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ratsmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende des Haupt- und Finanzausschusses, Herr Bürgermeister Urbach, eröffnet um 17:04 Uhr die zehnte Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses in der achten Wahlperiode. Er stellt fest, dass der Haupt- und Finanzausschuss ordnungsgemäß einberufen wurde und beschlussfähig ist. Für die Sitzung haben sich Frau Lehnert, Herr Mömkes (beide CDU), Herr Dr. Bäumle-Courth (Bündnis 90/DIE GRÜNEN) und Herr Gerhards (FDP) entschuldigt. Sie werden vertreten durch Herrn Sprenger, Frau Holtzmann (CDU), Frau Schundau (Bündnis 90/DIE GRÜNEN) und Herrn Jentsch (FDP). Zudem fehlt Herr Lang (DIE LINKE./BfBB).

Herr Urbach benennt daraufhin die für die Sitzung relevanten Unterlagen:

- die Einladung vom 06.05.2011 mit den dazugehörigen Vorlagen und den Beratungsergebnissen aus den vorberatenden Fachausschüssen.

2. Genehmigung der Niederschrift aus der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil

Die Niederschrift über die Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 24.03.2011 – öffentlicher Teil – wird genehmigt.

3. Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 24.03.2011 - öffentlicher Teil

0206/2011

Der Haupt- und Finanzausschuss nimmt die Mitteilungsvorlage zur Kenntnis.

4. Mitteilungen des Bürgermeisters

4.1 Mitteilungen des Bürgermeisters; hier: Informationen zur Haushaltssituation 2011

0231/2011

Der Haupt- und Finanzausschuss nimmt die Mitteilungsvorlage zur Kenntnis.

4.2 Mündliche Mitteilungen

Es liegen keine mündlichen Mitteilungen des Bürgermeisters für den öffentlichen Teil der Sitzung vor.

5. Verlängerung der Amtszeit des Beirates für die Belange von Menschen mit Behinderungen und Erstellung eines Aktionsplans Inklusion

0153/2011

Der Haupt- und Finanzausschuss beschließt einstimmig, dem Rat folgende **Beschlussempfehlung** zu geben:

1. Der Rat wählt als Mitglieder und persönliche Stellvertretung in den Beirat für die Belange von Menschen mit Behinderungen für 2 Jahre:

- a) **Frau Claudia Breuer-Piske**
Persönliche Stellvertretung: Frau Friedel Biebeler
- b) **Herrn Alfred Böcker**
- c) **Frau Anni Fier**
persönliche Vertretung: Herr Gerhard Cramer
- d) **Frau Barbara Gritschneider**
- e) **Herr Michael Mommer**
persönliche Stellvertretung: Frau Angelika Nelles-Rehbach
- f) **Herr Hans Joachim Odenthal**
persönliche Stellvertretung: Frau Gabriele Sandner
- g) **Herr Joachim Schermer**
- h) **Frau Susanne Müller**

Als beratende Mitglieder des Beirates werden in folgende Ratsausschüsse gewählt:

- **in den Ausschuss für Stadtentwicklung, demografischen Wandel, soziale Sicherung, Integration, Gleichstellung von Frau und Mann: Frau Friedel Biebeler**
- **in den Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport: Frau Claudia Breuer-Piske**
- **in den Jugendhilfeausschuss: Frau Claudia Breuer-Piske**
Persönliche Stellvertretung: Frau Friedel Biebeler
- **in den Planungsausschuss: Herr Joachim Schermer**
Persönliche Stellvertretung: Frau Susanne Müller
- **Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz und Verkehr: Herr Joachim Schermer**

2. Die I. Änderung der Satzung über die Wahrung der Belange von Menschen mit Behinderungen wird beschlossen.

3. Der Bürgermeister wird beauftragt, unter Mitwirkung der betroffenen Menschen und der Ratsfraktionen einen Aktionsplan zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention in Bergisch Gladbach bis Ende 2012 den zuständigen Gremien zur Beschlussfassung vorzulegen.

**6. Satzung der Stadt Bergisch Gladbach über die Erhebung von Standgebühren für Kirmesveranstaltungen (Kirmesstandgebührensatzung)
0228/2011**

Herr Dr. Fischer fragt, ob die Angelegenheit mit Herrn Unrau abgesprochen sei und ob Herr Unrau weiterhin die Kirmes zusammen mit der Verwaltung koordinieren werde. Die der Stadt entstehenden Kosten würden in der Vorlage dargestellt. Er fragt, welche Einnahmen diesen gegenüber stünden.

Herr Urbach antwortet auf die erste Frage von Herrn Dr. Fischer, dies sei mit Herrn Unrau besprochen worden. Herr Mumdey ergänzt, er lege großen Wert auf die Feststellung, dass die Fachbereiche 2 und 3 keine Abstimmung mit Herrn Unrau vorgenommen haben. Die Gesamtkosten würden zur Ermittlung der Gebührenhöhe wie üblich ohne Abstimmung mit den Betroffenen ermittelt. Der Fachbereich 2 habe alle Kosten erfasst, soweit sie bekannt und ermittelbar gewesen seien. Der Fachbereich 3 habe bestätigt, dass die Gebühreneinnahmen die Kosten decken würden.

Herr Waldschmidt zeigt sich sehr verwundert über die Frage von Herrn Dr. Fischer, ob Gebührensatzungen mit Interessenvertretern und Gebührenschuldern abgestimmt würden. Er hoffe, dass

sich darin nicht das Demokratieverständnis widerspiegeln, denn Gebührensätze seien unter Einhaltung der gesetzlichen Vorschriften zu ermitteln, wonach sie die Kosten decken müssten.

Herr Urbach entgegnet, Herr Unrau sei kein Gebührensschuldner, sondern Vorsitzender des Schaustellervereins und es sei sinnvoll gewesen, dass die Verwaltung mit Herrn Unrau in dieser Funktion Kontakt aufgenommen habe.

Herr Kamp schlägt vor, die Anlage 2 zur Satzung in der Überschrift wie folgt zu ändern: „Tarif zur Satzung der Stadt Bergisch Gladbach über die Erhebung von Standgebühren für Kirmesveranstaltungen in den Stadtteilen“.

Herr Urbach empfiehlt, die vorgeschlagene Formulierung beizubehalten, da in anderen Stadtteilen als in Gladbach und in Refrath keine Kirmesveranstaltungen stattfänden.

Herr Hoffstadt schlägt dem Bürgermeister vor dem Hintergrund seiner Ausführungen vor, künftig alle Gebührensatzungen mit den Betroffenen abzustimmen. Er bittet um Übermittlung der folgenden Zahlen: Einnahmen Pfingstkirmes 2010 und Einnahmen Pfingstkirmes 2011.

Aus Sicht von Herrn Ziffus sind die Kosten in der Vorlage sehr übersichtlich dargestellt. Er wünsche sich, dass dies künftig immer der Fall sei.

Herr Wagner erläutert, es sei sinnvoll, dass die Verwaltung an den Vorsitzenden des Schaustellervereins herangetreten sei, denn es müsse sichergestellt werden, dass die Gebühren überhaupt erwirtschaftet werden können, da die Kirmes anderenfalls mangels Schaustellern nicht stattfinden könnte.

Herr Widdenhöfer antwortet auf die Frage von Herrn Hoffstadt, die mit der Laurentiuskirmes im August 2010 erwirtschafteten Einnahmen hätten mit einer Höhe von 14.455,- EUR knapp unter den Ergebnissen der Vorjahre gelegen. Die Verwaltung erwarte auch mit der neuen Satzung eine Einnahmehöhe von ca. 15.000,- EUR pro Kirmesveranstaltung in der Stadtmitte, also jährlich insgesamt ca. 30.000,- EUR.

Der Haupt- und Finanzausschuss beschließt daraufhin einstimmig, dem Rat folgende **Beschlussempfehlung** zu geben:

Die Satzung der Stadt Bergisch Gladbach über die Erhebung von Standgebühren für Kirmesveranstaltungen (Kirmesstandgebührensatzung) wird in der Fassung der Anlage zur Vorlage beschlossen.

7. **Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung; hier: Dienstreise des stellvertretenden Bürgermeisters Josef Willnecker und des Ratsmitgliedes Thomas Galley nach Marijampole**
0236/2011

Der Haupt- und Finanzausschuss fasst einstimmig folgenden **Beschluss**:

Die Dringlichkeitsentscheidung gemäß § 60 Absatz 2 GO NRW über die Genehmigung der Dienstreise des stellvertretenden Bürgermeisters Herr Josef Willnecker und des Ratsmitgliedes Herr Thomas Galley in die Partnerstadt Marijampole in der Zeit vom 27.05.2011 bis 29.05.2011 wird genehmigt.

8. **Anträge der Fraktionen**

8.1 **Antrag der Fraktion DIE LINKE./BfBB vom 14.03.2011 zur Erstattung des**

Landes für von den Kommunen zuviel gezahltes Wohngeld

0233/2011

Herr Urbach erläutert unter Bezugnahme auf die Stellungnahme des Bürgermeisters in der Vorlage, der Antrag habe sich in der Sache erledigt, da der Kreistag bereits über die Verwendung der Wohngelderstattung entschieden habe.

Herr Dr. Fischer fragt, ob der Kreis sich nur von seinen Kassenkrediten oder von der Gesamtheit seiner Kredite entschuldet habe. Falls letzteres zutrefte, sei es tatsächlich verwunderlich, dass die Erstattungen an die Kommunen nicht höher ausgefallen seien.

Herr Urbach antwortet, der Kreis habe sich auch von seinen langfristigen Krediten entschuldet, was über die Höhe der Kreisumlage aber auch den Kommunen zu Gute komme.

Herr Urbach schlägt vor, den Antrag als in der Sache erledigt zu betrachten, womit sich die Mitglieder des Haupt- und Finanzausschusses einvernehmlich einverstanden zeigen.

8.2 Antrag der SPD-Fraktion vom 14.03.2011 zur Prüfung eines Glasverbots in den innerstädtischen Bereichen der Stadt Bergisch Gladbach zu Karneval

0225/2011

Herr Zalfen erläutert, er habe in einem Gespräch mit der Polizei erfahren, dass diese ein Glasverbot in den innerstädtischen Bereichen der Stadt Bergisch Gladbach zu Karneval entgegen der Darstellung der Verwaltung in der Vorlage für sehr sinnvoll erachte. Es sei kein Argument, dass die Verwaltung Bedenken habe, ein solches Verbot sei nicht kontrollier- und durchsetzbar, denn dies treffe auf andere Regelungen – wie z.B. Geschwindigkeitsbeschränkungen – ebenfalls zu, auf die dennoch nicht verzichtet werde. Ein Glasverbot wäre ein intelligenter Weg, das gewünschte Verhalten der Bevölkerung herbeizuführen.

Herr Widdenhöfer antwortet, im Vorfeld der Karnevalszüge habe ein Gespräch zwischen Verwaltung und Polizei stattgefunden, in dem auch seitens der Polizei ein Glasverbot als nicht zwingend notwendig erachtet worden sei. In der Vorlage werde dargestellt, dass die Verwaltung Verkaufsständen am Zugweg die Auflage erteilt habe, keine Glasbehältnisse auszugeben und dass mit der bestehenden Ordnungsbehördlichen Verordnung auch geregelt sei, dass Glas in Abfallbehälter eingeworfen werden müsse. Das Verunreinigen von Verkehrsflächen und Anlagen mit Altglas sei damit bereits jetzt bußgeldbewehrt. Die Einrichtung von Glasverböten sei nur in dafür geeigneten Zonen – und nicht entlang des gesamten Zugweges – möglich, an deren Zugängen Kontrollen durchgeführt und Möglichkeiten zum Umfüllen der Getränke in andere Behältnisse bei gleichzeitiger Abgabe der Glasbehältnisse geschaffen werden müssten. Dies könne die Stadt mit dem ihr zur Verfügung stehenden Personal nicht leisten, so dass private Sicherheitsdienste hinzugezogen werden müssten. Die Verwaltung werde die Situation weiter beobachten und im Falle einer Verschlechterung die Einführung eines Glasverbötes befürworten.

Herr Ziffus äußert die Zustimmung der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN zur Einrichtung eines Glasverbötes zu Karneval. Rechtliche Gründe gegen die Einführung seien ihm nicht bekannt. Bei Nichteinführung eines Glasverbötes bestehe auch die Gefahr, dass die neuen Pflasterverfügungen beschädigt werden, wenn die in sie eingedrungenen Glassplitter durch Ausfegen entfernt würden.

Herr Haasbach äußert die Zustimmung der CDU-Fraktion zu dem Beschlussvorschlag der Verwaltung. Das Glas-Problem sei in Bergisch Gladbach nicht derart gravierend wie in Köln oder anderen Nachbargemeinden. Es wäre sinnvoll, wenn die Verwaltung gezielt bei den Veranstaltern am Konrad-Adenauer-Platz darauf hinwirken würde, auf Glasbehältnisse zu verzichten. Problematisch sei die fortschreitende „Alkoholisierung“ des Karnevals; dieses Problem solle im Jugendhilfeausschuss thematisiert werden.

Herr Urbach ergänzt, die Verwaltung sondiere derzeit intern und mit den Karnevalsvereinen die Möglichkeit des Angebotes einer kontrollierten Weiberfastnachts-Veranstaltung für Jugendliche. Andere Kommunen hätten mit solchen Veranstaltungen gute Erfahrungen gemacht.

Herr Hoffstadt fragt, wie viel Personal der Verwaltung für die Durchsetzung eines Glasverbotes zur Verfügung stehen würde. Die Erfolgsaussichten der vom Bürgermeister geplanten Veranstaltung betrachte er skeptisch. Entscheidend sei, dass die Erwachsenen den Jugendlichen und Kindern wieder ein besseres Vorbild geben würden.

Herr Widdenhöfer antwortet, das der Verwaltung zu Verfügung stehende Personal habe an den Karnevalstagen eine Vielzahl an Aufgaben zu erledigen und sei damit ausgelastet. Für eine detailliertere Auskunft müsste er eine weitergehende Überprüfung vornehmen. Herr Urbach ergänzt, er erachte eine Veranstaltung für Jugendliche für sinnvoll, da diese eine gewisse Aufsicht über das Verhalten der Jugendlichen zu Karneval ermögliche.

Herr Dr. Fischer beantragt die Vertagung der Beschlussfassung über den Antrag um ein Jahr mit der gleichzeitigen Auftragserteilung an die Verwaltung, durch öffentliche Hinweise auf den Verzicht der Nutzung von Glasbehältnissen in der Öffentlichkeit zu Karneval hinzuwirken und die Situation im kommenden Karneval näher zu beobachten, um dem Ausschuss eine bessere Diskussionsgrundlage zu verschaffen.

Herr Nagelschmidt weist darauf hin, dass eine Kontrolle und Durchsetzung des Verbotes nach Darstellung der Verwaltung nur unter Beauftragung privater Sicherheitsdienste möglich wäre, wobei es sich um eine im Haushaltssicherungskonzept nicht finanzierbare freiwillige Leistung handeln würde, die dann wiederum nur die Karnevalsvereine finanzieren müssten, was auch diesen nicht zuzumuten sei. Man solle das „allgemeine Lebensrisiko“ nicht um jeden Preis senken, denn dies wäre nicht verhältnismäßig.

Herr Kamp berichtet, in früheren Jahren hätten die Feierwilligen zu Karneval Gaststätten aufgesucht; heute würden sich viele aus Kostengründen in Supermärkten und an Tankstellen mit günstigen Alkoholika versorgen, um diese in der Öffentlichkeit zu konsumieren. Daraus resultiere, dass auch das Leergut häufig ordnungswidrig entsorgt werde. Er bezweifle, dass man dieser gesellschaftlichen Entwicklung mittels eines Glasverbotes entgegen wirken könne.

Herr Zalfen weist darauf hin, dass die SPD-Fraktion nur einen Antrag auf Prüfung gestellt habe und auf Basis der Stellungnahme der Verwaltung in der Vorlage ggf. einen weitergehenden konkreten Antrag formulieren werde. Er berichtet von eigenen Beobachtungen, dass gerade junge Jugendliche harte Alkoholika in Kleinverpackungen konsumieren würden. Die vor Ort befindlichen Ordnungs- und Polizeikräfte könnten die betreffenden Personen intensiver zu dem gewünschten Verhalten anhalten; eine Überlastung der Ordnungskräfte solle aber vermieden werden.

Auch Herr Ziffus berichtet von eigenen Beobachtungen im Zusammenhang mit einem Fußballspiel in Köln. Vor Betreten des Stadions hätten die mitgeführten Getränkebehältnisse abgelegt werden müssen und seien vor Ort von Privatpersonen zwecks Einlösung gegen Pfanderstattung eingesammelt worden. Dies könne zur Lösung des Problems beitragen. Er fragt, ob das Konsumieren von Alkoholika in der Öffentlichkeit nach der von Herrn Widdenhöfer benannten Ordnungsbehördlichen Verordnung nicht ohnehin verboten sei.

Herr Urbach fragt die Ausschussmitglieder, ob entsprechend der Ausführungen von Herrn Zalfen auf eine Beschlussfassung verzichtet werden solle, womit sich die Mitglieder des Haupt- und Finanzausschusses einvernehmlich einverstanden zeigen.

8.3 **Antrag der FDP-Fraktion vom 04.04.2011 zur Darstellung der finanziellen Auswirkungen von Beschlüssen in Beschlussvorlagen**
0203/2011

Der Haupt- und Finanzausschuss fasst einstimmig folgenden **Beschluss**:

Der Antrag der FDP-Fraktion wird entsprechend der Stellungnahme des Bürgermeisters in der Vorlage beschlossen: Zu allen Beschlussvorlagen, die von der Verwaltung empfohlen werden, müssen die finanziellen Auswirkungen auf der Basis einer Kalkulation vollständig angegeben werden. Außerdem ist das Budget, aus dem die Kosten gedeckt werden sollen, anzugeben. Soweit die Verwaltung empfiehlt, Fraktionsanträge abzulehnen, reicht es aus, Schätzkosten zu den erwarteten Aufwendungen zu nennen. Der Bürgermeister, die Beigeordneten und die Fachbereichsleiter werden den Antrag der FDP-Fraktion zum Anlass nehmen, vor der Unterzeichnung einer Vorlage verstärkt die Einhaltung der bestehenden Regelung zu kontrollieren und Vorlagen mit finanziellen Auswirkungen, in denen diese Information nicht angegeben wird, an die Sachbearbeiterinnen und Sachbearbeiter zurückweisen. Zudem wird diese Regelung in die derzeit verwaltungsintern erstellte Dienstanweisung für den Sitzungsdienst eingearbeitet.

9. **Anfragen der Ausschussmitglieder**

Herr Ziffus: Anfrage zu Steuerschätzungen

Herr Ziffus fragt unter Bezugnahme auf jüngste Presseberichte, ob auf Grund der wirtschaftlichen Entwicklung mit gegenüber den Prognosen höheren Steuereinnahmen zu rechnen sei. Er bittet die Verwaltung um Stellungnahme auf Basis der Steuerschätzung.

Herr Mumdey antwortet, die Verwaltung reagiere auf die Steuerschätzung erst dann, wenn ihr sichere Zahlen vorlägen. Er gehe davon aus, dass die Zahlen der Schätzung Ende Mai 2011 regionalisiert würden. Er selbst erhalte jeweils in der zweiten Monatshälfte einen Bericht über die Gewerbesteuer; der letzte Bericht datiere auf den 20.04.2011 und liege um 18,61% - im Monat März um mehr als 20% - unter den Kalkulationen der Verwaltung. Die Zahlen hätten sich demnach verbessert, seien aber in Bezug auf das Ergebnis noch nicht aussagekräftig.

Herr Urbach schließt den öffentlichen Teil der Sitzung um 17:40 Uhr.